Zur **Bürgeranhörung** ergriff Herr Konrad Bauer, Nemmersdorf, das Wort.

Er bezieht sich auf das gemeinsame Schreiben der FF Brandholz und Dressendorf vom 21.04.2021. Er legt dar, dass in jeder **Feuerwehr** gute Arbeit geleistet wird, auch in der Jugendarbeit. Die Jugendfeuerwehr hatte schon immer Schwankungen, es gab stärkere und schwächere Jahre.

Die Feuerwehren hätten ihre Hausaufgaben gemacht. Von daher sei diese Behauptung in Bezug auf die Wehren in Goldkronach, Nemmersdorf, Leisau, Sickenreuth sehr gewagt.

Leider war in der Corona-Pandemie vieles an Ausbildungs- und Übungsbetrieb nicht möglich. Er bedankt sich ausdrücklich bei dem federführenden Kommandanten Klaus-Dieter Löwel für seine langjährige Tätigkeit und kameradschaftliche Arbeit.

TAGESORDNUNG

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung vom 21.04.2021
2. Humboldt-Park - Sachstand / Landschaftsarchitekt Blase - Information
3. Bauleitplanung der Stadt Goldkronach:
 - 3.1. Aufstellung eines Bebauungsplanes mit gleichzeitiger Änderung des Flächennutzungsplanes für das Grundstück Flur-Nr. 119 Gem. Dressendorf - Aufstellungsbeschluss
 - 3.2. Aufstellung Bebauungsplan "Am Altenbaum III - Wohndorf 21 mit Gründerzentrum" - Satzungsbeschluss
4. Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2021 mit Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024
5. Infrastrukturmaßnahme Goldberg - Entwurfsplanung
6. Brücke über die Kronach in Kottersreuth - Entwurfsplanung Instandsetzung
7. Kanalsanierung im Stadtgebiet - Auftragsvergabe
8. Alexander-von-Humboldt-Grundschule - Stahlbauarbeiten Auftragsvergabe
9. Straßensanierungen 2021
10. Sitzungen mit Bild-/Tonübertragungen - Antrag SR Löwel
11. Wasserversorgung - gemeinsames Strukturkonzept mit dem ZV zur Wasserversorgung Benker Gruppe sowie den Kommunen Bad Berneck und Himmelkron
12. Feuerwehrwesen - Feuerwehrgerätehaus Goldkronach Anbau
13. Radweg Nemmersdorf-Goldkronach - Förderprogramm
14. Weitere Informationen, Anfragen, Sonstiges
 - 14.1. Gemeinschaftshaus Goldkronach - Sachstandsinformation
 - 14.2. Alexander-von-Humboldt-Park - Geschäftsbesorgungsvertrag
 - 14.3. Fußballplatz Sanierung
 - 14.4. Eisdiele in Goldkronach
 - 14.5. Fairtrade-Markt
 - 14.6. Mobilfunk - 5-G-Technologie
 - 14.7. Zweckverband Benker Gruppe - Sitzungsprotokoll

Nach Schluss der Sitzung erfolgte eine Lüftungspause von 5 Minuten.

Top 1	Genehmigung der Niederschrift der letzten öffentlichen Sitzung vom 21.04.2021
--------------	--

Sach- und Rechtslage:

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 21.04.2021 wurde den Stadtratsmitgliedern über das RIS übermittelt und lag während der Sitzung zur Einsichtnahme auf.

SRin Müller bittet, in TOP 1 auf Seite 71 Abs. 2 nach „...sondern“ das Wort „falsche“ zu streichen.

SR Löwel möchte auf Seite 74, TOP 5 Buchstabe b) Abs. 4 Satz 2 das Wort „gegen“ durch das Wort „für“ ersetzen.

Beschluss:

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 21.04.2021 wird mit den beiden in der Sach- und Rechtslage genannten Änderungen ohne weitere Einwendungen genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 14 Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

Top 2 Humboldt-Park - Sachstand / Landschaftsarchitekt Blase - Information

Sach- und Rechtslage:

a) Landschaftsarchitekt Herr Dieter Blase stellt den Stand des Bauleitplanverfahrens dar. Der Aufstellungsbeschluss zu dem Bebauungsplan wurde im Dezember 2018 gefasst. Die vorzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange erfolgte im September 2020. Die Behandlung der eingegangenen Stellungnahmen mit Beschluss zur Auslegung erfolgte in der Sitzung am 18.11.2020. Anfang März bis Mitte April 2021 erfolgte die Auslegung unter Beteiligung der Bürger und der Träger öffentlicher Belange und die Anwohnerinformation.

Da die Stellungnahme des Landratsamtes noch nicht vorliegt, können die eingegangenen Stellungnahmen insgesamt voraussichtlich erst in der Sitzung vom 16.06.2021 behandelt werden. Allerdings zeichnet sich schon jetzt ab, dass aufgrund der Einwohnereinsprüche und Anregungen der Träger öffentlicher Belange in Teilen eine Änderung der Planung erforderlich ist, was eine erneute Teilauslegung zur Folge haben würde. Damit könnte frühestens in der Sitzung vom 14. Juli 2021 der Billigungs- und auch der Satzungsbeschluss erfolgen.

Im Folgenden legt er die Ergebnisse der Behördenbeteiligung als auch der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Anwohnergespräche dar.

Hier darf auf die dem Beschlussbuch beiliegende Präsentation verwiesen werden.

Bereits jetzt stellt Herr Blase mögliche Änderungen im Planungskonzept für einen neuen möglichen Haupteingangsbereich über die Peuntgasse sowie Nebeneingang und Ausgang im Bereich Schlosspark (Museum) sowie einen barrierefreien Ausgang in der Peuntgasse/Bachgasse vor. Er widerlegt die befürchtete Verkehrssteigerung anhand der Verkehrsmengenzählung aus dem Jahr 2015 und der erwarteten Besucherzahl, da nach diesen Berechnungen sich der tägliche Verkehr lediglich um durchschnittlich 25 Fahrzeuge im Vergleich zu den im Jahr 2015 ermittelten ca. 4.500 Fahrzeugen erhöhen dürfte.

Hinsichtlich der Festlegungen und weiteren Bedenken der Anwohner sollte eine gesonderte Parkordnung verabschiedet werden, in der die täglichen Öffnungszeiten, saisonale Schließungen (Winter), Sonderöffnungszeiten bei Veranstaltungen, Begrenzung der Anzahl von Veranstaltungen und ggf. eingeschränkte Benutzungszeiten lärmintensiver Spielgeräte geregelt werden.

Von der Aufnahme dieser Regelungen in den Festsetzungen des Bebauungsplanes rät er dringend ab.

Die geplante Einzäunung schränkt die öffentliche Zugänglichkeit des Parks ein.

Das Grundstück, auf dem ursprünglich das Casa Humboldt mit Haupteingangsbereich angedacht war, kann nun komplett aus der Parkplanung herausfallen, so dass ein wesentliches Argument der Anlieger wegfallen würde.

Der neue Eingangsbereich bietet sich als Lösung, vor allem in Anbetracht der nun begonnenen Bauleitplanung im Bereich Peuntgasse sowie Errichtung des Seniorenheims, an.

Soweit im Juli 2021 die Bauleitplanung (Flächennutzungsplan-, Bauleitplan- und Landschaftsplanänderungen) abgeschlossen sind, könnten die Ausführungsplanung sowie die Ausschreibung und Vergabe erfolgen.

Ab Februar/März 2022 könnte dann frühestens ein Baubeginn möglich sein, wobei die Bauzeit auf ca. 8 Monate geschätzt wird.

(Hinweis: Der Verwendungsnachweis mit allen Schlussrechnungen und Abnahmen der Niederschriften muss bis spätestens 31.12.2022 der Regierung von Oberfranken vorgelegt werden.)

b) 2. Bgm. Pietsch fasst zusammen, dass doch einige Neuerungen dargelegt wurden.

Der Verfahrensabschluss sei wohl für Juli 2021 realistisch, wobei die Planungen bereits im Jahr 2018 begonnen wurden, d.h. es wurde bereits viel Zeit investiert. Die Einwände sollen weitmöglich berücksichtigt werden. Letztendlich überwiegen seiner Aussage nach die Aufwertung bzw. positiven Effekte des Parks die befürchteten Nachteile. Die tatsächliche Attraktivitätssteigerung, die zuletzt auch in eine Ankurbelung der Gastronomie münden wird, rechtfertigen die finanziellen Aufwendungen der Stadt.

Schlussendlich werden in jedem Fall Kosten für die Stadt entstehen, auch wenn durch das laufende Bürgerbegehren das Projekt gestoppt werden würde.

Letztendlich verstehe er nicht, weshalb gerade jetzt zu diesem späten Zeitpunkt das Bürgerbegehren gestartet wurde. Es stelle sich die Frage, ob dieses zum jetzigen Zeitpunkt aufgrund der vergebenen Aufträge, vor allem kurz vor Abschluss der Bauleitplanung, überhaupt zulässig sei.

Top 3	Bauleitplanung der Stadt Goldkronach:
--------------	--

Top 3.1	Aufstellung eines Bebauungsplanes mit gleichzeitiger Änderung des Flächennutzungsplanes für das Grundstück Flur-Nr. 119 Gem. Dressendorf - Aufstellungsbeschluss
----------------	---

Sach- und Rechtslage:

a) Herr Wolfgang Hofmann stellt den Antrag, für sein Grundstück Flur-Nr. 119 der Gemarkung Dressendorf einen Bebauungsplan aufzustellen.

Für eine vorgesehene Bebauung des Grundstückes ist es hier gleichzeitig notwendig, den rechtskräftigen Flächennutzungsplan der Stadt Goldkronach von der Festsetzung „Grünfläche“ in die Festsetzung „Mischgebiet“ zu ändern.

Der Antrag des Herrn Hofmann wurde bereits in der BUA-Sitzung vom 11.09.2020 behandelt. Grundsätzlich erklärte sich der Bau- und Umweltausschuss mit der Baugebietsausweisung einverstanden.

Als Bebauungsplanbezeichnung wird „Weberswiese“ vorgeschlagen.

b) SR Löwel drängt darauf, dass nicht nur die Kosten der Erschließung, sondern auch die Kosten der Bauleitplanung von dem Antragsteller getragen werden.

SRin Müller gibt zu bedenken, dass das Gebiet im Landschaftsplan als freie Fläche ausgewiesen sei. Eine Bebauung empfinde sie störend für das Ortsbild. Klima- und sozialrelevante Punkte müssten, wie in der Geschäftsordnung festgelegt, noch geprüft werden.

Beschluss:

Für das Grundstück Flur-Nr. 119 der Gemarkung Dressendorf soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Gleichzeitig wird der Flächennutzungsplan mit der jetzigen Bezeichnung „Grünfläche“ in die neue Bezeichnung „Mischgebiet“ geändert.

Das Verfahren soll im Parallelverfahren durchgeführt werden.

Sämtliche Kosten für die Bauleitplanung und Erschließung sind vom Antragsteller, Herrn Wolfgang Hofmann, zu tragen.

Die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit gemäß § 3 BauGB soll durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 14 Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 1 Persönlich beteiligt: 0

Top 3.2 Aufstellung Bebauungsplan "Am Altenbaum III - Wohndorf 21 mit Gründerzentrum" - Satzungsbeschluss
--

Sach- und Rechtslage:

a) Der Stadtrat hat am 24.02.2021 beschlossen, den Bebauungsplan „Am Altenbaum III – Wohndorf 21 mit Gründerzentrum“ erneut auszulegen.

Die Auslegung erfolgte vom 08.04.2021 bis 23.04.2021, wobei hierbei das Landratsamt Bayreuth eine Verlängerung bis zum 07.05.2021 beantragte.

Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen wurde durch das Planungsbüro Petra Geiger, Mainleus, vorgenommen. Diese sind dem Beschluss beigelegt und gelten als Bestandteil des Beschlusses.

Die erneute Auslegung erfolgte nach Rücksprache mit dem Landratsamt Bayreuth in verkürzter Form.

Die vorgebrachten Einwendungen und Anregungen des Landratsamtes Bayreuth mit den einzelnen Fachbehörden wurden in den nun vorliegenden Bebauungsplan und der Begründung eingearbeitet.

b) SR Löwel stellt fest, dass das Servicegebäude im Eingangsbereich drei Stockwerke umfasse. Ihm würde hierzu die Stellungnahme des Kreisbrandrates interessieren.

Hierzu wird Frau Geiger das Wort erteilt.

Diese führt aus, dass vom Kreisbrandrat keine Stellungnahme vorliege. Diese könnte aber noch nachgeholt werden.

Beschluss:

Der Bebauungsplan „Am Altenbaum III – Wohndorf 21 mit Gründerzentrum“ wird mit seinen Anlagen in der Fassung vom 13.05.2021 gemäß § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Der Bebauungsplan erreicht mit seiner öffentlichen Bekanntmachung Rechtskraft.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 14 Ja-Stimmen: 14 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 4	Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2021 mit Investitionsprogramm für die Jahre 2020 bis 2024
--------------	---

Sach- und Rechtslage:

a) Der Vorsitzende trägt die aus seiner Sicht wichtigsten Punkte aus dem Vorbericht des Haushalts 2021 vor.

b) SR Hautsch hat Klärungsbedarf bei den im Investitionsplan dargestellten Zahlen zum Alexander-von-Humboldt-Park, da sich hieraus nur eine Förderquote von 72 v. H. ergebe. Dies liegt nach Ausführung des Kämmerers daran, dass zwar eine Förderquote von 90 v. H. auf die förderfähigen Kosten in Aussicht gestellt wurde, jedoch auch nicht förderfähige Kosten bei den Gesamtkosten zu berücksichtigen sind, welche - bezogen auf die Gesamtkosten - natürlich die Förderquote drücken.

SR Löwel führt für die SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2021 aus, dass derzeit viele, vielleicht zu viele Projekte gleichzeitig, laufen, die nur durch zusätzliche Kreditaufnahmen finanziert werden können. Nach dem vorliegenden Haushaltsentwurf und dem Investitionsplan für die Jahre 2021 bis 2024 müssten in diesem Jahr 2,3 Mio. und bis 2024 nochmals 7,6 Mio. neue Kredite aufgenommen werden. Die Prokopf-Verschuldung würde dadurch von derzeit rd. 200 € auf über 3.000 € ansteigen. Diese Entwicklung finde die SPD nicht gut. Die nach der Gemeindeordnung auferlegten Pflichtaufgaben müssen natürlich erledigt werden, Straßen, Kanäle und Wasserleitungen bedürften der Sanierung. Andere Objekte, die nicht vordringlich sind (z.B. das Gemeinschaftshaus am Marktplatz oder der Ausbau der Hirschhornstraße), könnten zeitlich noch geschoben werden. Projekte, wie der Humboldt-Park, der in den nächsten drei Jahren mit Ausgaben von 1,92 Mio. € und Einnahmen von 1,38 Mio. (was einer 72 %-igen Förderung entspreche) veranschlagt ist und der nach dessen Erfahrung von der Mehrheit unserer Bürger gar nicht gewünscht sei, sollten aufgegeben werden.

Um die Einnahmeseite zu verbessern, sollte auch über eine moderate Anhebung der Grundsteuerhebesätze sowie die Einführung einer lokalen Grundsteuer C für unbebaute Baugrundstücke nachgedacht werden.

Der Schriftführer weist darauf hin, dass für die Einführung einer lokalen Grundsteuer C die gesetzliche Ermächtigung fehle.

SR Hofmann erachtet eine Steuererhöhung als falsches Signal. Er sehe in den Investitionen überwiegend die Erfüllung von Pflichtaufgaben und die Durchführung von sinnvollen Projekten. Fragen zur Höhe der Einkommensteuerbeteiligung sowie den Gewerbesteuerausgleichszahlungen konnten geklärt werden. Er bedankt sich für die rechtzeitige Übermittlung der Unterlagen.

SRin Müller unterstreicht ebenfalls die finanziell angespannte Lage aufgrund der vielen Projekte, die eine dauerhafte finanzielle Belastung nach sich ziehen. Sie bezieht sich auf den Humboldt-Park und das Gemeinschaftshaus. Sie bedauere die Bebauung unterhalb des Schlossparkes. Sie vermisse letztendlich soziale Projekte, die u. U. mit der Bauleitplanung Peuntgasse umgesetzt werden könnten.

SR Rieß führt für die Fraktion der CSU aus, dass investiert werden müsse, um Goldkronach voranzubringen. Natürlich ist über die Projekte zu diskutieren, bevor diese beschlossen und umgesetzt werden. Letztendlich sehe er aber Goldkronach mit dem vorliegenden Haushalt auf einem guten Weg.

SR Nitzsche führt für die Fraktion der Freien Wähler aus, dass Investitionen in die Infrastruktur (v.a. Glasfaser, Kanal und Wasser) unabdingbar seien, jedoch nur den Status quo halten, aber

keine Attraktivität für Goldkronach brächten. Attraktivität brächten Ausgaben im Bereich des Fremdenverkehrs, v.a. für den Alexander-von-Humboldt-Park, aber auch für Wohngebiete.

Beschluss:

- a) Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung für das Jahr 2021 werden mit den darin enthaltenen Festsetzungen bzw. Ansätzen und Abschlusszahlen erlassen. Der Haushaltsplan mit dem Finanzplan und dem Investitionsprogramm, dem Stellenplan und den weiteren Anlagen wird festgestellt.

Die Einnahmen und Ausgaben des Verwaltungshaushaltes betragen jeweils 6.976.500 € sowie die Einnahmen und Ausgaben des Vermögenshaushaltes jeweils 5.857.740 €.

Der Haushaltsplan und die Haushaltssatzung treten zum 01.01.2021 in Kraft.
Eine Abschrift der Haushaltssatzung ist Bestandteil des Beschlussbuches.

Neue Kreditaufnahmen zum Ausgleich (zusätzlich zum Haushaltseinnahmerest) des Haushaltes und zur Finanzierung der Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen werden in Höhe von 817.000 € festgesetzt.

Der Höchstbetrag für die Aufnahme von Kassenkrediten wird auf 1,1 Mio. € festgesetzt.

- b) Kredite in Höhe von 817.000 € dürfen nur aufgenommen werden, soweit dies unbedingt zur Finanzierung von Investitionen bzw. zum Haushaltsausgleich erforderlich ist.
- c) Ein Haushaltseinnahmerest für die nicht in Anspruch genommene genehmigte Kreditermächtigung des Haushaltsjahres 2020 wird in Höhe von 1.500.000 € gebildet.

Im Nachgang zum Beschluss vom 21.04.2021 ist der HER in voller Höhe im Haushaltsjahr 2021 aufzulösen. Die Verwaltung wird ermächtigt, - auch kurzfristig – entsprechende Kredite bis zu einem Gesamtbetrag von 1.500.000 € aufzunehmen.
Der Stadtrat ist hierüber zu informieren.

- d) Die im Vermögenshaushalt enthaltenen Maßnahmen werden freigegeben und sind - ggf. nach Vorliegen der notwendigen Bewilligung – sobald als möglich auszuschreiben, damit diese zeitnah im Haushaltsjahr umgesetzt werden können. Diese Mittel werden zur Durchführung der im Investitionsplan für 2021 genannten Maßnahmen ebenfalls freigegeben, wobei die in der Geschäftsordnung festgelegten Befugnisse zu beachten sind.
- e) Spätestens in der Stadtratssitzung vom Oktober 2021 ist dem Stadtrat ein Zwischenbericht über die Haushaltsentwicklung 2021 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 15 Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 3 Persönlich beteiligt: 0

Top 5 Infrastrukturmaßnahme Goldberg - Entwurfsplanung

Sach- und Rechtslage:

- a) Das IB Träger hat in der 18. KW 2021 nun die mit dem ALE Oberfranken abgestimmte Entwurfsplanung vorgelegt.

Die Gesamtkosten wurden auf 1.440.000 € ermittelt, davon wären voraussichtlich 1.320.000 € zuwendungsfähig. Der Zuwendungssatz wird wohl bei 60 v.H. liegen.

Beginn der Baustrecke ist die Westgrenze des Anwesens Goldberg 4 (Anwesen Dietel) und endet an der Abzweigung des Weges, der zum Anwesen Goldberg 13 führt. Dieses Endstück ist als eine Art Wendebereich angedacht. Die Baustrecke beläuft sich auf insgesamt 1,760 km.

b) Das IB Tröger wurde nun gebeten, das auf beil. Übersichtslageplan blau gekennzeichnete Teilstück noch in die Planung und Kostenberechnung aufzunehmen.

Mit dieser Ergänzung könnte der Förderantrag beim ALE Oberfranken gestellt werden.

Sofern das zusätzliche Stück nicht in die Förderung aufgenommen werden kann, sollte der Stadtrat entscheiden, inwieweit dieses dann trotzdem ausgebaut werden soll.

c) Der Vorsitzende führt aus, dass noch Parkplätze für die Loipennutzer ergänzt werden könnten. Dies unterstützt SR Hofmann mit der Bitte, auch im Bereich der Informationstafeln bei der Loipe vernünftige Parkmöglichkeiten zu schaffen.

Beschluss:

- a) Die Entwurfsplanung des IB Tröger für die Infrastrukturmaßnahme Goldberg vom 20.04.2021 wird in der vorliegenden Form anerkannt.
- b) Diese soll noch um das Teilstück des bisherigen Endes bis zur Südostgrenze des Anwesens Am Goldberg 13 erweitert werden.
- c) Sobald die Unterlagen vollständig sind, ist durch die Verwaltung der Förderantrag beim ALE Oberfranken zu stellen.
- d) Sobald der Förderbescheid vom ALE Oberfranken vorliegt, wird über den endgültigen Ausbaumumfang entschieden.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 15 Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 6 Brücke über die Kronach in Kottersreuth - Entwurfsplanung Instandsetzung

Sach- und Rechtslage:

a) Das beauftragte Ingenieurbüro K+U-Plan Ingenieurgesellschaft, Wunsiedel, hat am 26.04.2021 die Entwurfsplanung für die Instandsetzung der Brücke über die Kronach in Kottersreuth vorgelegt. Die Kostenberechnung beläuft sich auf brutto 204.769,25 € zuzüglich Honorarkosten sowie Untersuchungs- und Entsorgungskosten für das Aushubmaterial.

b) Die geplanten Instandsetzungsarbeiten dienen im Wesentlichen für die nächsten Jahre der Erhaltung der Dauerhaftigkeit aller Konstruktionsteile und damit der Vermeidung einer weiteren Schadensausbreitung sowie dem langfristigen Werterhalt des Bauwerkes.

Die Fahrbahnbreite von 4,50 m wird beibehalten.

Es ist die vom Staatlichen Bauamt vorgeschlagene Verbreiterung der Kappen eingeplant.

Da am Bauwerk keine Schäden vorhanden sind, die auf Mängel an der Bauwerksgründung hindeuten, wurden an der Gründung der vorhandenen Brücke keine Maßnahmen vorgesehen. Für die Auflagerung der neuen Kappen ist jedoch eine separate Abstützung mit Gründung notwendig.

Die Abgrenzung im Bauwerksanschluss beidseitig zur Fahrbahn erfolgt durch Hochborde.

Auf die Anordnung von Brückenabläufen zur Ableitung des Niederschlagswassers wird aufgrund der geringen Brückenfläche verzichtet, es werden Raubettmulden eingeplant, damit das Oberflächenwasser über Quer- und Längsgefälle entlang der Kappen und Borde über diese Raubettmulden der Vorflut zugeführt werden kann.

Als Schutzeinrichtungen werden das Brückengeländer und Schrammborde angebracht.

c) Zudem wurde das Ingenieurbüro noch gebeten, die Entwurfsplanung sowohl mit dem Wasserwirtschaftsamt als auch mit dem Fischereibeauftragten des Bezirks Oberfranken und ggf. dem Staatlichen Bauamt Bayreuth abzustimmen.

Sobald die Abstimmungen abgeschlossen sind, könnte das Ingenieurbüro beauftragt werden, die Ausschreibungen für die Maßnahme durchzuführen, sofern der Stadtrat dieser Entwurfsplanung zustimmt.

Beschluss:

a) Der vorgelegten Entwurfsplanung für die Sanierung der Brücke über die Kronach im Ortsteil Kottersreuth mit Baukosten in Höhe von ca. 204.800 € brutto zuzüglich Ingenieurhonorar und Untersuchungs- und Entsorgungskosten für den Aushub wird zugestimmt.

b) Nach erfolgten Abstimmungsgesprächen mit den Fachbehörden (vor allem dem Wasserwirtschaftsamt, dem Fischereibeauftragten im Bezirk Oberfranken, der Naturschutzbehörde als auch dem Staatlichen Bauamt Bayreuth) ist die Maßnahme auszuschreiben und zeitnah umzusetzen.

c) Bei der Ausführung ist zu beachten, dass eine Befahrbarkeit der Brücke auch im Winterhalbjahr gegeben sein muss.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 15 Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 7 Kanalsanierung im Stadtgebiet - Auftragsvergabe

Sach- und Rechtslage:

a) In Absprache mit dem Ingenieurbüro für Tiefbautechnik in Bindlach wurden die mit Stadtratsbeschluss vom 24.02.2021 priorisierten Schadstellen – ohne Brandholz - als beschränkte Ausschreibung ohne Teilnehmerwettbewerb ausgeschrieben.

Die Kosten werden auf ca. 248.000 € brutto geschätzt.

Der Eröffnungstermin der beschränkten Ausschreibung fand am 17.05.2021 um 14.00 Uhr statt. Von den acht angeschriebenen Bewerbern haben sieben ein Angebot abgegeben.

ba) Bei der Prüfung wurde festgestellt, dass eine Firma fälschlicherweise ein Angebot für eine andere Maßnahme abgegeben hat. Dieses musste daher von der Angebotswertung ausgeschlossen werden (Firma Diringer & Scheidel).

Die Firma Kanaltechnik Meyer hat trotz entsprechender Regelung Nebenangebote abgegeben. Diese mussten von der Wertung ausgeschlossen werden. Das Hauptangebot blieb jedoch in der Wertung.

In die engere Wahl kamen die sechs verbleibenden Firmen.

bb) Aufgrund der vorhandenen Qualifizierungen musste keine weitere Firma ausgeschlossen werden.

Anhand der vorliegenden Angebote war der günstigste Anbieter die Firma Kanal-Türpe, Gerolzhofen, mit einem Bruttoangebotspreis in Höhe von 157.664,29 €, der Zweitbietende war die Kanaltechnik Meyer, Schwabach, mit einem Bruttoangebotspreis in Höhe von 215.995,02 €.

Dann folgte die Firma Rainer Kiel, Blomberg, mit 238.916,82 €.

Der unwirtschaftlichste Bieter hat ein Angebot in Höhe von 244.115,64 € abgegeben.

c) Der Angebotspreis der Firma Kanal-Türpe erreicht die Schwelle eines Unterangebotes.

Da die Firma erst kürzlich in Brandholz Kanalsanierungen im Auftrag der Stadt durchgeführt hat, wird davon ausgegangen, dass die Randbedingungen zur Ausschreibung bei dieser Firma bekannt sind.

Die Firma ist für die anstehenden Arbeiten geeignet. Einwendungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit sowie der Qualifikation liegen nicht vor. Subunternehmerleistungen wurden nicht angezeigt. Die angebotene Bauzeit beträgt 80 Arbeitstage. Das angestrebte Bauende ist bis Mitte Oktober 2021 zu erreichen, was für eine Förderung im Rahmen der RZWas 2018 ausreichen würde. Das Ingenieurbüro schlägt daher vor, den Auftrag an den wirtschaftlichsten Anbieter, die Firma Kanal-Türpe, zu vergeben.

d) SR Löwel bittet um Darstellung, welche Schadstellen nun genau ausgeschrieben wurden.

Beschluss:

Der Auftrag für die Durchführung der ausgeschrieben Kanalsanierungsarbeiten im Stadtgebiet geht an den wirtschaftlichsten Anbieter, die Firma Kanal-Türpe, Gerolzhofen, zu einem geprüften Bruttoangebotspreis in Höhe von 157.664,29 €.

Die Umsetzung muss bis 31.10.2021 abgeschlossen werden, um die anfallenden Kosten noch beim Wasserwirtschaftsamt zur Förderung nach der RZWas 2018 anmelden zu können.

Die Wertungen und der Vergabevorschlag des IB für Tiefbautechnik werden anerkannt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 15 Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 8 Alexander-von-Humboldt-Grundschule - Stahlbauarbeiten Auftragsvergabe

Sach- und Rechtslage:

a) In der Stadtratssitzung vom 21.04.2021 wurde die Ausschreibung für die Stahlbauarbeiten aufgehoben, da damals das vorliegende Angebot in Höhe von 85.153,61 € ca. 85 % über den Schätzkosten von 48.314,00 € lag.

ba) Es wurde nunmehr durch das Büro RSP eine erneute Ausschreibung der Stahlbauarbeiten durchgeführt. Submissionstermin war der 10.05.2021, um 14.00 Uhr. Es wurde eine beschränkte Ausschreibung durchgeführt. Von den beteiligten 12 Unternehmen haben zwei ein Angebot vorgelegt. Es ergaben sich nach rechnerischer Prüfung folgende Auftragssummen:

1) Fa. Lutz & Wollnik, Thurnau 66.174,47 € brutto

2) Fa. Raps, Weidenberg 79.396,09 € brutto

Die gewerteten Angebote erfüllen alle in der Leistungsbeschreibung geforderten Kriterien.

Das wirtschaftlich annehmbarste Angebot ist dem mittleren Preissegment zuzuordnen.

Insgesamt hat die Fa. Lutz & Wollnik, Thurnau, das wirtschaftlich annehmbarste Angebot mit einer geprüften Angebotssumme von 66.174,47 € brutto vorgelegt.

bb) In der Kostenberechnung vom 31.01.2019 war ein Kostenansatz von 48.314,00 € brutto vorgesehen. Das verpreiste Leistungsverzeichnis vom 27.04.2021 hat einen Kostenansatz von 76.979,91 € brutto ergeben.

Das vorliegende Angebot liegt somit 17.860,47 € über der Kostenberechnung und 10.805,44 € unter dem verpreisten LV.

Die Kostensteigerung gegenüber der Kostenberechnung ist den stark schwankenden Stahlpreisen sowie der allgemein guten Auftragslage der einzelnen Firmen zuzuschreiben.

bc) Das Architekturbüro schlägt vor, den Zuschlag an den preisgünstigsten Anbieter, die Firma Lutz & Wollnik, Thurnau, zu erteilen.

Beschluss:

Der Auftrag wird an die Firma Lutz & Wollnik zu einem geprüften Bruttoangebotspreis in Höhe von 66.174,47 € vergeben.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 15 Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 9 Straßensanierungen 2021

Sach- und Rechtslage:

a) Aufgrund der Vorgaben des Bau- und Umweltausschusses hat nun das beauftragte Ingenieurbüro Träger für neun Straßenabschnitte eine Kalkulation vorgelegt. In der BUA-Sitzung vom 19.03.2021 wurde beschlossen, die laufende Nr. 2 (Kühleithen Lückenschluss) und Nr. 8 (GVS Dressendorf-Depts) sowie Nr. 4 (Schlegelbergweg 2 ab Froschgasse) nicht umzusetzen und die Erneuerung des Asphaltoberbaues nur außerhalb des Deponiebereiches durchzuführen.

b) Im Haushalt 2021 sind die Straßensanierungen des Jahres 2021 mit 200.000 € sowie im Finanzplan für 2022 mit 400.000 € vorgesehen.

Soweit die Auftragsvergabe im Herbst 2021 erfolgt, werden wohl nicht mehr als die im Haushalt 2021 veranschlagten 200.000 € an Kosten anfallen. Der Schwerpunkt der Maßnahmendurchführung dürfte daher im Jahr 2022 liegen.

Nach Rücksprache mit dem Bauamtsleiter wird nun anhand des Straßenzustandes und der Verkehrsbelastung vorgeschlagen, dass

- die Maßnahme Nr. 3 Schlegelbergweg – Erneuerung des Asphaltoberbaues (145.000 €),
- die Maßnahme Schlegelbergweg Nr. 2 ab Froschgasse – Erneuerung des Asphaltoberbaues ohne Deponiebereich (ca. 100.000 €)
- die Maßnahme Nr. 6, Fichtelgoldstr. 15 – 23, Teilvollausbau (96.000 €) sowie
- die Maßnahme Nr. 7, GVS Dressendorf–Pöllersdorf, Vollausbau (97.000 €)

durchgeführt werden sollen.

Die Schätzkosten belaufen sich für die genannten vier Maßnahmen auf 440.000 € zzgl. Nebenkosten und MwSt. Damit auf ca. 600.000 brutto.

Hinzu treten noch nicht absehbare bzw. kalkulierbare Kosten für die Erneuerung von Wasserleitungsschiebern bzw. Wasserleitungen.

c) SR Rieß bezweifelt, dass für die Maßnahme GVS Dressendorf-Pöllersdorf ein Vollausbau erforderlich ist. Die Straße sehe schlechter aus als sie sei.

SR Sahrman ergänzt, dass eine starke Belastung durch den Schulbus- und landwirtschaftlichen Verkehr stattfindet.

Der Vorsitzende wird mit dem Ingenieurbüro klären, ob tatsächlich ein Vollausbau erforderlich ist, oder auch eine Deckensanierung ausreichend wäre.

Beschluss:

Das IB Träger wird im Rahmen des bestehenden Ingenieurvertrages beauftragt, die beiden Maßnahmen Schlegelbergweg (Nr. 2 und 3), Fichtelgoldstraße 15 – 23 (Nr. 6) sowie den Abschnitt GVS Dressendorf-Pöllersdorf zur Erneuerung des Asphaltoberbaues im Teilvervollausbau bzw. Vollausbau (Nr. 7) auszuschreiben.

Die Vergabe der Arbeiten soll spätestens im September 2021 erfolgen, damit noch im Jahr 2021 mit den Arbeiten begonnen werden kann.

Im Jahr 2022 sind entsprechende Haushaltsmittel vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 15 Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 10 Sitzungen mit Bild-/Tonübertragungen - Antrag SR Löwel

Sach- und Rechtslage:

a) Mit Schreiben vom 29.04.2021 hat das Bayer. Staatsministerium des Innern für Sport und Integration Vollzugshinweise zu Hybridsitzungen herausgebracht.

Der Bayerische Gemeindetag hat zusätzlich einen Formulierungsvorschlag für die Geschäftsordnungsregelung zur Umsetzung des Art. 47 a GO erstellt sowie ein Muster für die Belehrung der Ratsmitglieder über die Teilnahme an einer Hybridsitzung.

Diese Unterlagen wurden der Beschlussvorlage beigelegt.

Neben der bereits in der Sitzung vom 24.03.2021 dargestellten Unwägbarkeiten, Problematiken und technischen Schwierigkeiten, die in rechtliche Schwierigkeiten münden, sollte nach Auffassung der Verwaltung auf diese sehr umständliche Möglichkeit der Durchführung von öffentlichen Stadtratssitzungen verzichtet werden.

Für nichtöffentliche Sitzungen greifen diese Regelungen aus rechtlichen Gründen sowieso nicht.

Erschwerend kommt hinzu, dass hier eine Befristung bis 31.12.2022 zur Durchführung dieser „Hybridsitzungen“ besteht.

Die Einführung dieser Variante mit Änderung der Geschäftsordnung bedürfte eines Beschlusses mit 2/3 Mehrheit der abstimmenden Stadratsmitglieder.

Zudem liegt bisher auch noch kein Angebot der LivingData vor, so dass derzeit auch noch keine Kosten für die Durchführung von Hybridsitzungen angegeben werden können.

Zusätzlich hat bisher – trotz Aufforderung in der Stadtratssitzung vom 24.03.2021 – kein Stadtratsmitglied mitgeteilt, ob die technischen Voraussetzungen für die Zuschaltung von zu Hause aus bestehen und inwieweit eine Unterstützung bei der Ausstattung oder Technik benötigt wird.

b) Nach Auffassung der Verwaltung sollte vielmehr durch Beachtung des Schreibens des Bayer. Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege (vgl. Anlage) das Infektionsrisiko in den Sitzungen kommunaler Gremien verringert werden.

c) Zusätzlich bestünde die Möglichkeit, die Stadtratssitzungen in Zeiten der Corona-Pandemie dem Ferienausschuss zu übertragen. Allerdings ist hierzu die Festlegung der Ferienzeit erforderlich.

Ausnahmsweise kann von der bisherigen Regelung (6 Wochen) im Jahr 2021 die Ferienzeit um bis zu 3 Monate durch Beschluss mit 2/3 Mehrheit der abstimmenden Mitglieder verlängert werden. Eine Ferienzeit ist laut dem IMS vom 16.03.2021 auch außerhalb der Schulferien möglich. Ebenso ist eine Aufteilung der Ferienzeit möglich.

d) Weiterhin bestünde die Möglichkeit, einen beschließenden Sonderausschuss zu installieren, welcher ebenfalls mit 2/3 Mehrheit der abstimmenden Mitglieder gebildet werden kann. Eine Änderung der Geschäftsordnung ist hierzu jedoch nicht notwendig.

Auch ein „Außerkräfttreten“ dieses beschließenden Sonderausschusses könnte sofort mit geregelt werden (z.B. 1 Woche nach Ende der epidemischen Lage von nationaler Tragweite). Das Ende der Lage wird regelmäßig durch den Bundestag überprüft. Die nächste Überprüfung erfolgt bis zum 01.07.2021.

e) Vor den genannten Hintergründen und dem Sinken der Inzidenzwerte mit einhergehender steigender Impfquote sollten die Stadtratssitzungen weiterhin in der ASV-Halle Nemmersdorf durchgeführt werden, da dort alle Möglichkeiten bestehen, um die Hinweise des Bayer. Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege umzusetzen.

Alternativ könnte der Ferienausschuss ermächtigt werden, abhängig von der Pandemielage, anstelle des Stadtrates und der beschließenden Ausschüsse Entscheidungen zu treffen. Voraussetzung wäre hier die Festlegung einer Ferienzeit (vgl. oben, 2/3 Mehrheit, Verlängerung der Ferienzeit bis zu 3 Monaten – auch Aufteilung möglich).

Alle anderen Regelungen wären zusätzlich und sind teilweise mit nicht unerheblichem verwaltungsmäßigen und auch technischen Aufwand verbunden, wobei ein „reibungsloses Funktionieren“ von Hybridsitzungen aufgrund der bestehenden Internetkapazitäten außerhalb des Rathauses in Frage gestellt werden dürfen.

f) Der Vorsitzende unterstreicht, dass er nicht gegen die Durchführung von Hybridsitzungen sei. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten und der Ausführungsbestimmungen sei dies aber zum jetzigen Zeitpunkt unpraktikabel.

Beschluss:

- a) Auf die Durchführung von Hybridsitzungen mit Ton-/Bildübertragung wird aufgrund der technischen, rechtlichen und kostenmäßigen Unwägbarkeiten verzichtet. Insoweit wird der Antrag des Stadtrates Löwel vom März 2021 abgelehnt.
- b) Zukünftig sollen bis auf Weiteres die Sitzungen des Stadtrates in der ASV-Halle Nemmersdorf unter Berücksichtigung der Hinweise des Bayer. Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege, welche im Schreiben vom 03.05.2021 gegeben wurden, abgehalten werden.
- c) Auf die Einrichtung eines Sonderausschusses wird aufgrund des in der Geschäftsordnung

bereits eingeführten Ferienausschusses verzichtet.

- d) Die Verwaltung wird beauftragt, einen Änderungsvorschlag für die Geschäftsordnung hinsichtlich der Ferienzeit des Ferienausschusses zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen, sobald die 7-Tage-Inzidenz im Landkreis Bayreuth über einen Zeitraum von sieben aufeinanderfolgenden Tagen (Feststellung des Robert-Koch-Institutes) über 200 steigt.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 15 Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 3 Persönlich beteiligt: 0

Top 11 Wasserversorgung - gemeinsames Strukturkonzept mit dem ZV zur Wasserversorgung Benker Gruppe sowie den Kommunen Bad Berneck und Himmelkron
--

Sach- und Rechtslage:

a) Der Umfang der Studie zur Sanierung der Trinkwasserversorgung und Untersuchung von Strukturkonzeptvarianten ergibt sich aus dem beiliegenden Angebot der Fa. PfK Ansbach GmbH vom 05.02.2020.

Das angebotene Honorar ohne Sofortmaßnahmenkatalog und über den gesetzten Rahmen hinausgehende Leistungen beläuft sich auf brutto 88.924,92 €.

Gemäß dem Besprechungsprotokoll vom 04.03.2021 sollten die Gemeinden Beschlüsse zur Auftragserteilung des Strukturkonzeptes an die genannte Firma mit einem Kostenanteil von 25.000 € plus MwSt. abzüglich einer möglichen Förderung baldmöglichst herbeiführen.

Allerdings ist aus den zur Verfügung gestellten Unterlagen nicht klar ersichtlich, in welcher Höhe sich der Anteil der Stadt Goldkronach tatsächlich beläuft.

b) Für den Bereich der Stadt Goldkronach wurde bereits eine Studie zur Wasserversorgung mit 5.597,90 € (70 % aus 7.997,25 €) nach RZWas 2018 gefördert. Nach Rücksprache mit dem WWA werden Studien / Konzepte nur insgesamt einmal gefördert. Eine Förderung nach der RZWas 2021 wäre jedoch möglich, wenn das Strukturkonzept konkrete Sanierungsvorschläge enthalten würde.

c) SR Popp bittet um Unterstützung bzw. um Teilnahme an deren Konzept. Die Stadt Goldkronach müsse sich auch hinsichtlich der zunehmenden Trockenperiodenphasen kümmern und auf eine stabile Wasserversorgung hinwirken. Auch die Anforderungen an die Qualifizierung des zur Verfügung stehenden Personal steigen. Diese Herausforderungen seien gemeinsam besser zu schultern.

SRin Müller und SR Hofmann legen Wert darauf, die vorhandenen eigenen Möglichkeiten zu nutzen, um die Wasserversorgung für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Auch die ins Spiel gebrachten Lösungen über Tiefbrunnen sollten weiterverfolgt bzw. einbezogen werden. Eine stabilere Gebührensituation sollte aufgrund des relativ hohen Gebührenniveaus angestrebt werden.

Beschluss:

Die Stadt Goldkronach beteiligt sich an der Erarbeitung des Strukturkonzeptes mit Untersuchung von Strukturkonzeptvarianten für die Wasserversorgung der Stadtteile, die durch den

Zweckverband zur Wasserversorgung Benker Gruppe versorgt werden, mit einem Anteil von 25.000 € zzgl. MwSt.

Dieses muss konkrete Sanierungsvorschläge für die WV für den Bereich der Stadt Goldkronach enthalten, damit überhaupt die 70 %ige Förderung der RZWas 2018 bzw. 2021 in Anspruch genommen werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 15 Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 0 Persönlich beteiligt: 0

Top 12 Feuerwehrwesen - Feuerwehrgerätehaus Goldkronach Anbau

Sach- und Rechtslage:

a) Im Rahmen des geplanten Zusammenschlusses der Feuerwehren Goldkronach, Sickenreuth und Leisau ist ein Anbau an das Feuerwehrhaus in Goldkronach geplant.

Von Seiten der Aktiven aus Leisau und Sickenreuth liegen die entsprechenden Absichtserklärungen vor.

Mittlerweile fand hierzu eine **online-Besprechung** der Kommandanten(-innen) und Vorsitzenden mit den Stadträten statt.

Auch ein Treffen der Kommandanten mit dem Bürgermeister folgte.

b) Im Rahmen eines Anbaues könnten die **Umkleiden sowie auch die Atemschutzwerkstatt** künftig am Standort in Goldkronach zentralisiert werden.

Die **Waschhalle** sollte auch als Waschhalle erhalten bleiben. Als temporärer Lagerplatz könnte sie dennoch eingesetzt werden. Privatfahrzeuge etc. befinden sich nicht in diesem Bereich und werden auch künftig dort nicht vorgesehen. Temporär könnte das Fahrzeug aus Sickenreuth eingestellt werden. Eine Ersatzbeschaffung ist nicht vorgesehen.

Der freigewordene **Stellplatz in Leisau könnte durch den Bauhof** genutzt werden, für den vorhandenen Unimog (soweit dieser im Eigentum der Stadt verbleibt) ist bereits im kommenden Winter keine Unterstellmöglichkeit vorhanden.

Außerdem könnten/sollten Sozialräume im Feuerwehrgerätehaus künftig auch durch Bauhofmitarbeiter genutzt werden können. Dies würde dahingehende Investitionen in das Bauhofgebäude überflüssig machen.

Die **Sandsackabfüllanlage** des Landkreises ist in Goldkronach stationiert. Einer der beiden neuen Stellplätze könnte durch diese besetzt werden. Eine entsprechende Anfrage an den Landkreis Bayreuth bezüglich Förderung läuft bereits.

Ebenso wird die Förderfähigkeit des zweiten Stellplatzes geklärt – der Beschluss sollte jedoch unabhängig davon erfolgen.

Die Entscheidung für einen Anbau mit zwei Stellplätzen in Goldkronach wird kein Grundsatzbeschluss für oder gegen eine weitere Entwicklung der verbleibenden Ortswehren Brandholz, Dressendorf und Nemmersdorf sein. Dies bleiben jeweils unabhängige Entscheidungen. Der dortige Stand an Aktiven ist ausdrücklich zu begrüßen.

c) Zeitnah sind hier die wichtigsten Investitionen (insbesondere auf den künftigen Fahrzeugbestand abgestimmt), wie z. B. Absauganlagen, vorzunehmen.

d) Auch ist die Beschaffung eines **TLF4000** nicht mit diesem Beschluss verbunden. Es wird hier auf die künftigen Fahrzeuge in Brandholz und Dressendorf bezüglich Wasserführung verwiesen, außerdem auf die Situation rund um den Hochbehälter Brandholz (Stichwort: Löschwasser). Hierzu trägt auch die Entwicklung der Nachbarwehren (Weidenberg/Untersteinach, Bad Berneck und Bindlach) bei, die überörtliche Einsätze tendenziell eher geringer werden lässt.

e) Ein **getroffener Grundsatzbeschluss würde die Zusammenlegung der drei Wehren** nach sich ziehen. Dies wäre auch Voraussetzung für einen Planungsauftrag zum Anbau und muss im Auge behalten werden.

Der im Jahr 2016 erstellte Feuerwehrbedarfsplan sollte unabhängig davon mit den Wehren oder extern (Kostenabfrage läuft) überarbeitet werden.

f) SRin Müller spricht sich auf jeden Fall für die Errichtung von zwei weiteren Stellplätzen aus. SR Rieß ist mit der vorgeschlagenen Blockabstimmung nicht einverstanden. Nach seiner Ansicht sollte zunächst über die Aktualisierung/Überarbeitung des Bedarfsplans beschlossen werden. Nach Vorliegen des Ergebnisses einschließlich der Situation aller Wehren in Goldkronach sowie der benachbarten Wehren Bindlach, Untersteinach, Escherlich usw., bei denen sich auch gravierende Änderungen ergeben haben, könnte über den Stellplatzbedarf in Goldkronach bzw. anderen Feuerwehrstandorten im Stadtgebiet befunden werden.

Die Vorhaltung eines Stellplatzes für die Sandsackabfüllanlage halte er für überflüssig, da dies Aufgabe des Landkreises sei. Möglich wäre eine Einstellung in den Kreisbauhof oder die Kostenübernahme für diesen Stellplatz durch den Landkreis.

Auch SR Popp bittet, die Notwendigkeit zu hinterfragen und plädiert dafür, als ersten Schritt die Aktualisierung des Bedarfsplanes durch ein externes Büro zu beauftragen, um dann die Priorisierung für weitere Maßnahmen vorzunehmen.

Nach Hinweis von SR Hofmann, dass bei den Investitionen der weiteren Ortswehren auch gesetzliche bzw. sicherheitstechnische Verpflichtungen umgesetzt werden müssen, stellt SR Popp den Antrag, nur über die Punkte 2 und 3 abzustimmen und die Abstimmung über Punkt 1 zu vertagen.

SR Sahrman regt an, die Ausschreibungen zurückzustellen, bis das Ergebnis des Bedarfsplanes vorliegt.

Beschluss 1:

Mit 11 gegen 4 Stimmen wird beschlossen:

Die Behandlung des nachfolgenden Beschlussvorschlages wird bis zum Vorliegen des Ergebnisses der externen Aktualisierung und Überarbeitung des Feuerwehrbedarfsplanes vertagt.

1. Unter der Maßgabe des Zusammenschlusses der Feuerwehren Leisau und Sickenreuth mit Goldkronach ist geplant, dass an das Feuerwehrhaus Goldkronach bis zu zwei Stellplätze angebaut werden.

Diese Absicht wird begrüßt und unterstützt.

Insbesondere sind nun beim Architekten, der bereits einen größeren Anbau geplant hatte, angepasste Pläne (2 Stellplätze) zu beauftragen.

Auch weitere Angebote (mit ggf. anderer Bauweise – z. B. Blech) sollen eingeholt werden um letztlich eine kostenoptimierte Planung zu erhalten.

Außerdem soll eine Werkstatt für Atemschutzgeräte etc. in die Überlegungen eingebracht werden und die Duschen für die Aktiven des Stadtgebietes mit vorgesehen werden.

Aufgrund der aktuellen Situation (diese ist bekannt) ist vorerst nur die Planung zu beauftragen. Für die weiteren Schritte ist eine Kostenermittlung notwendig.

Die Umsetzung selbst ist mit einem großzügigeren Zeitrahmen zu versehen.

Beschluss 2:

Mit 14 gegen 1 Stimme wird beschlossen:

2. Der Feuerwehrbedarfsplan ist offiziell nach 5 Jahren fortzuschreiben. Dies soll extern erfolgen. Ein Angebot beim damaligen Büro (antwortING Beratende Ingenieure PartGmbH) ist einzuholen.
3. Wichtige Investitionen in den weiteren Ortswehren sind baldmöglichst umzusetzen. Hierzu zählen insbesondere nötige Absauganlagen etc.

Top 13 Radweg Nemmersdorf-Goldkronach - Förderprogramm

Sach- und Rechtslage:

Geh- und Radweg Goldkronach – Nemmersdorf Lückenschluss geschotterter Wirtschaftsweg

a) In der Bau- und Umweltausschuss-Sitzung vom 16.04.2021 wurde die Teilnahme am Sonderprogramm „Stadt und Land“ des Bundes beschlossen. Hierzu sollten die ersten Daten und ein Honorarangebot vom Ingenieurbüro Träger vorgelegt werden.

b) Die vorgesehene Trasse hat eine Länge von ca. 430 m und verläuft auf einem Wirtschaftsweg, der von Biotopen eingefasst ist. Dieser Abschnitt liegt im Radwegenetz und führt über die Kirchgasse zum Marktplatz in Goldkronach.

Eine Alternativtrasse über den Sportplatz wäre mit ca.1 km Länge erheblich länger und außerdem nicht im Radwegenetz.

Die geschätzten Baukosten belaufen sich auf 172.000 Euro.

Das Honorarangebot (vorläufig) beläuft sich auf rund 21.500 Euro.

Das endgültige Honorar ergibt sich

- für die Vermessungsleistung nach den angegebenen Pauschalen
- für die Objektplanung Lph 1-8 nach den anrechenbaren Baukosten des RE Entwurfs
- die Lph 9 entfällt
- für die örtliche Bauüberwachung nach den festgestellten Baukosten

Die Belange des landwirtschaftlichen Verkehrs müssen auf diesem Streckenabschnitt berücksichtigt werden.

c) Der Bund beteiligt sich bis zu 75% an derartigen Maßnahmen, bei finanzschwachen Kommunen bis zu 90%, unabhängig davon befristet bis 31.12.2021 mit bis zu 80%. (lt. Info zum Sonderprogramm „Stadt und Land“).

Damit ist/war die Erstellung einer groben Vorplanung dringlich. Auf die Einholung von weiteren Honorarangeboten wurde verzichtet.

d) Nach Auffassung von SR Löwel handelt es sich bei der Sanierungsstrecke um einen“ idyllischen“ Waldweg, der einigermaßen gut mit dem Rad befahren werden kann. Ein Ausbau auf 3,5 m macht die bestehende Idylle kaputt und zieht unnötige Versiegelungen nach sich. SR Hofmann vertritt die Ansicht, dass ein Radwegausbau von Goldkronach nach Bayreuth parallel zur Staatsstraße wichtiger sein sollte, damit man auch ohne Auto gut nach Bayreuth kommen könne. Er bittet um eine Ortsbesichtigung im Rahmen des BUA, um dann eine Planung zu favorisieren.

Der Vorsitzende ergänzt, dass ein Begleitweg zur St 2163 in die Zuständigkeit des Staatlichen Bauamtes falle, damit nicht in der Macht der Stadt Goldkronach liege. Eine Ortsbegehung im Rahmen des BUA sei aber sicherlich möglich. Er bittet nochmals, die guten Förderkonditionen doch jetzt zu nutzen, um den von ihm vorgeschlagenen Teilbereich zu sanieren.

SR Rieß ist ebenfalls der Ansicht, dass Alternativen vorhanden seien. Zusätzliche Versiegelungen seien nicht notwendig. Die von der Stadt aufzubringende Mittel könnten sicher woanders sinnvoller eingesetzt werden.

Von SRin Müller wird der Fernradweg über Leisau vorgeschlagen, der möglicherweise dringender zu sanieren sei.

SR Schmidt schlägt vor, den zur Debatte stehenden Weg mit Schotter aufzuwerten, um einer Versiegelung mit hohen Kosten aus dem Weg zu gehen.

Nach SR Nitzsche sollte ein Fahrradweg auch attraktiv sein. Durch den Ausbau werde dies nicht mehr gewährleistet.

SR Sahrman sieht ebenfalls keinen Bedarf nach einer Teerung. Er sieht eher Handlungsbedarf für Teilbereiche des Radweges Richtung Bad Berneck.

Beschluss:

- a) In Anbetracht der Bedeutung – auch für den überregionalen Radverkehr – dieses Verbindungsstückes sollen die Planungen entsprechend zügig fortgesetzt werden, um letztlich am Förderprogramm teilnehmen zu können.
- b) Der Planungsauftrag ergeht an das IB Träger ohne Ausschreibung zunächst für die Leistungsphasen 1 – 3 (Dringlichkeit).

Eine weitere Beauftragung kann nach Vorliegen des Förderbescheides sowie nach Klärung der Finanzierbarkeit erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Anwesend: 15 Ja-Stimmen: 2 Nein-Stimmen: 13 Persönlich beteiligt: 0

Die Maßnahme ist damit abgelehnt.

Top 14 Weitere Informationen, Anfragen, Sonstiges
--

Top 14.1 Gemeinschaftshaus Goldkronach - Sachstandsinformation

Sach- und Rechtslage:

Nachdem nun alle Planungsleistungen beauftragt wurden, hat der federführende Objektplaner zum Planungsstand 28.04.2021 die Gesamtkosten einschließlich Mehrzweckraum, Trauzimmer mit öffentlicher Toilette auf ca. 3.541.000 € ermittelt.

Auf den Mehrzweckraum ohne Einsparungen aus dem Rückbau entfallen hier ca. 487.000 €, auf das Trauzimmer einschließlich der externen Toiletten 210.650 €.

Aufgrund der nunmehrigen Untersuchungen und der Auswertung der Boden- und der Bausubstanz werden die Kostenschätzungen präzisiert. Ebenso wurde das Architekturbüro gebeten, die Kosten des Trauzimmers sowie der öffentlichen Toiletten gesondert zu ermitteln, damit der Stadtrat eine entsprechende Entscheidungsgrundlage hat.

Eine ausführliche Information erfolgt zu gegebener Zeit in einer Städtebauklausur, bevor die Öffentlichkeit informiert wird.

Top 14.2 Alexander-von-Humboldt-Park - Geschäftsbesorgungsvertrag

Sach- und Rechtslage:

Der Vorsitzende teilt die vom Förderverein vorgeschlagene und überarbeitete Version des Geschäftsbesorgungsvertrages aus. Dieser beinhaltet vor allem auf den Seiten 8 und 9 eine neue Regelung für die Finanzierung. Die ursprüngliche Defizitdeckung ist nicht mehr enthalten, sondern eine neue Regelung mit jährlichen Absprachen über die durchzuführenden Arbeiten bzw. zu übernehmenden Kosten.

Eine entsprechende Beschlussvorlage über diese Version wird zu gegebener Zeit dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt. Vorab ist dies jedoch mit dem Landratsamt, der Regierung von Oberfranken und der Oberfrankenstiftung abzusprechen.

Top 14.3 Fußballplatz Sanierung

Sach- und Rechtslage:

Der Vorsitzende berichtet, dass in Bayern 26 Fußballplätze als Kunstrasenplätze mit staatlicher Förderung aufgewertet werden. Dies betreffe u.a. auch den Platz in Röhrenhof.

Die Stadt Goldkronach habe ebenfalls initiativ einen Antrag gestellt. Dieser sei aber abgelehnt worden. Auch in den Jahren 2021 bis 2024 könnten noch Anträge gestellt werden. Dies werde er in Zusammenarbeit mit den örtlichen Sportvereinsvorsitzenden angehen.

Top 14.4 Eisdiele in Goldkronach

Sach- und Rechtslage:

Es bestehe eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass im Anwesen Marktplatz 8 in den Räumlichkeiten der vormaligen Fahrschule eine Eisdiele als Pop-up einziehe. Die Verhandlungen sind bisher gut gelaufen.

Der Stadtrat wird über die weiteren Entwicklungen informiert.

Top 14.5 Fairtrade-Markt

Sach- und Rechtslage:

SRin Müller regt an, sich in einem kleinen Kreis zusammzusetzen, um die Umsetzung eines Fairtrade-Marktes anzugehen. Der BN Goldkronach habe bereits Interesse an der Teilnahme bekundet.

Top 14.6 Mobilfunk - 5-G-Technologie

Sach- und Rechtslage:

SRin Müller fragt nach, welcher Standort in Goldkronach mit der 5-G-Technologie aufgerüstet werde, wie in der Presse verkündet wurde.

Laut Vorsitzenden waren zwei Maßnahmen in Goldkronach (Brandholz und Nemmersdorf) geplant und im BUA vorgestellt. Eine davon in Reuth (Umfeld Hochbehälter), der andere in Brandholz. Hier läuft die Grundstücksfindung durch eine beauftragte Firma.

Top 14.7 Zweckverband Benker Gruppe - Sitzungsprotokoll

Sach- und Rechtslage:

SRin Müller bittet, das letzte bzw. die letzten Sitzungsprotokolle – soweit diese genehmigt seien – dem Stadtrat zur Information weiterzureichen.

Top Nach Schluss der Sitzung erfolgte eine Lüftungspause von 5 Minuten.

.....
Vorsitzender

.....
Schriftführung